

Auf dem Weg zur „European University“: Hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion in Berlin zeigt Chancen auf

Die Hochschule Darmstadt (h_da) nimmt bundesweit eine Pionierrolle ein mit ihrem Ziel, zu einer Europäischen Hochschule zu werden. Dazu will sie auf lange Sicht mit ihren acht weiteren Partnern aus der Hochschulallianz EUT+ (European University of Technology) vollständig fusionieren. Die Frage, wie sich eine solche länderübergreifende Hochschule institutionell verankern lässt, stand im Mittelpunkt der Diskussion in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

Von Kilian Kirchgeßner, 15.12.2023

Mit einer Kiste voller Legosteinen verglichen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion die Entstehung einer Europäischen Hochschule: Die einzelnen Steine lägen derzeit auf dem Tisch – und es gehe nun darum, ein funktionierendes Modell aus ihnen zu bauen. Dass dieser Weg voller Herausforderungen auf den unterschiedlichsten Ebenen ist, daran ließ keiner der Beteiligten einen Zweifel: Konkrete Fragen zur Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen in allen beteiligten Ländern gehören ebenso dazu wie die Klärung der Finanzierung einer solchen Hochschule.

Im Blickpunkt standen bei der Diskussion aber auch die großen Vorteile und Chancen, die eine gemeinsame Europäische Hochschule bietet. „Die Schaffung einer europäischen technischen Universität ist ein visionärer Schritt, der nicht nur die Art und Weise, wie wir Bildung betrachten, sondern auch die Grundlagen unserer europäischen Identität beeinflussen kann“, sagte Ayse Asar, die Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Und Dr. Jens Brandenburg, der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, erinnerte an die Worte des früheren Außenministers Klaus Kinkel, Europa wachse nicht aus Verträgen, sondern aus den Herzen seiner Bürger. „Das bringt es auf den Punkt“, so Brandenburg: „Es geht uns hier nicht nur um Regularien oder einzelne Forschungsk Kooperationen, sondern um das große Ganze.“

Der Präsident der Hochschule Darmstadt, Prof. Dr. Arnd Steinmetz, machte die geostrategische Dimension des Projekts deutlich. Er erinnerte an die europäischen Werte, die eine solche länderübergreifende Hochschule helfe zu vermitteln und durchzusetzen: „Wir haben ein europäisches Technikverständnis, das sich von dem anderer Länder unterscheidet. Wir fordern einen humanitären Ansatz in der Anwendung von Technik.“ Ziel sei es, in der neuen Hochschule kenntnisreiche und verantwortungsbe-

wusste Bürger auszubilden – der mündige Umgang mit Technologien sei in den prägenden Debatten über Künstliche Intelligenz und die Energiepolitik der Zukunft eine wichtige Voraussetzung. „Wir sehen uns als Stimme dieses europäischen Technikverständnisses“, betonte Steinmetz. Um gehört zu werden, brauche man aber eine gewisse Größe. Die an der Allianz EUT+ beteiligten Hochschulen brächten das Wissen und die Kreativität von 120.000 Studierenden und 13.000 Mitarbeitern ein – „und das ist dann eine Stimme, die auch gehört wird!“ Gleichzeitig verbessere eine gemeinsame Europäische Universität die Sichtbarkeit in den internationalen Hochschul-Rankings.

Bei allen diesen Visionen klang auch an, wie groß die Herausforderungen sind, die noch gelöst werden müssen. Das beginnt schon bei der Wahl einer Rechtsform, für die es bislang kein Beispiel gibt. Und hier liegen die Tücken im Detail: „Ich möchte hervorheben, dass die Kompetenzen im Hochschulbereich in der Bundesrepublik größtenteils bei den Ländern liegen“, sagte etwa die hessische Staatssekretärin Ayse Asar: „Der Föderalismus mit dem Wettbewerb um die besten Ideen ist ein hohes Gut.“ Die Vielfalt des europäischen Bildungswesens müsse bewahrt bleiben. Gleichzeitig brachte sie einen „neuen Hochschultypus“ ins Gespräch: eine „europäische Hochschule“, die neben Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen eine Bereicherung darstellen könnte. Denn: „Wir müssen sicherstellen, dass unsere Bildungslandschaft nicht nur exzellent, sondern auch inklusiv ist. Die European University of Technology, die hier angedacht ist, soll ein Ort sein, an dem Talente unabhängig von ihrer Herkunft zusammenkommen.“ Es gebe die Chance, einen „katalytischen Motor für Innovation und Wissensaustausch“ aufzubauen.

Für die Suche nach einer gemeinsamen Rechtsform verwendete Tine Delva, stellvertretende Leiterin des Referats Hochschulbildung in der Generaldirektion Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Europäischen Kommission, eine einprägsame Metapher: „Ich vergleiche das manchmal mit einem Ehevertrag. Man kann sich darüber zwar streiten, aber wenn man eine Regelung hat, ist das Risiko einer Trennung geringer. Natürlich kann eine Trennung passieren. Es ist immer die Entscheidung der Universitäten, ob sie in einer Allianz sein wollen oder nicht. Aber mit einer tragfähigen Rechtsform wird die Verbindung nachhaltiger.“

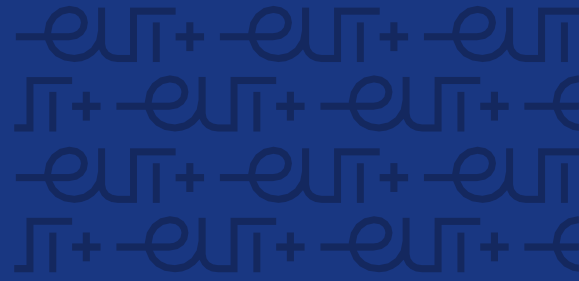
Zahlreiche weitere Fragen ergeben sich etwa im Bereich der Finanzierung einer europäischen Hochschule. Das Geld von hessischen Steuerzahlern könnte nicht einfach außerhalb des Bundeslandes ausgegeben werden, betonte Ayse Asar. „Es entsteht durch die Gründung einer Europäischen Universität aber auch ein konkreter Mehrwert: Die Hochschule Darmstadt gewinnt unglaublich an Attraktivität, sowohl für Studierende als auch für Forschende.“

Müssen aber Professoren in Darmstadt beispielsweise künftig auf den Beamtenstatus verzichten? Oder sind Sie künftig gar europäische Beamte ohne Steuerpflicht? Und nach welchem Landesgesetz werden sozialversicherungsrechtliche Aspekte behandelt, wenn eine einzige Hochschule Standorte in neun Ländern hat? „Da gibt es bestehende europäische Regeln, die genutzt werden können“, sagte Kommissions-Vertreterin Tine Delva. Schließlich gebe es schon heute internationale Organisationen, für die internationale Sozialversicherungssysteme bestehen. „Ein neues Sozialsystem in Europa einzuführen wegen einer neuen Hochschulform, das wäre weder mit den Verträgen zu vereinbaren noch technisch umsetzbar.“

Neben solchen juristischen Aspekten geht es bei der Schaffung einer Europäischen Hochschule aber auch darum, Studienabschlüsse einfacher anzuerkennen. Gerade bei ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen, auf die alle neun an der EUT+ beteiligten Hochschulen spezialisiert sind, sind bislang die Regelungen in den jeweiligen Ländern unterschiedlich. Das müsse vereinheitlicht werden, forderte h_da-Präsident Arnd Steinmetz. Er zeichnete zugleich eine Vision für die Studierenden: „Wenn man derzeit ein Auslandssemester machen will, muss man sich im ersten Semester drum kümmern, um dann im vierten oder fünften Semester ins Ausland zu gehen“, sagte er. Dieser Weg müsse allerdings nahtlos werden: „Man muss sich entscheiden können, ein Semester in Darmstadt, eins in Riga und dann in Dublin zu machen – und sich bei alledem sicher sein können, dass die Leistungen anerkannt werden. Diese Idee steckt dahinter!“

Die Gründung einer Europäischen Universität sei ein weiterer Schritt in einem evolutionären Prozess, so klang es auf dem Podium an: Während in der Frühphase des europäischen Hochschulraums zwei oder drei Universitäten gemeinsame Studienprogramme aufgelegt hätten, seien jetzt durch verschiedene Hochschulallianzen oft sechs bis neun Partner in einem gemeinsamen Boot. Eine gemeinsame Universität sei nun ein weiterer Schritt in dieser Entwicklung. Derzeit gebe es in Europa 50 Hochschulallianzen mit 430 Partnern, sagte Staatssekretär Jens Brandenburg. Viele dieser Allianzen entwickelten derzeit Modelle einer künftigen Zusammenarbeit – die Fusion zu einer gemeinsamen Universität, wie sie die EUT+ plant, sei eines dieser Modelle. „Gerade diese Vielfalt macht Europa aus“, so Brandenburg. „Wo das Ziel der Reise sein wird, kann niemand von uns derzeit dezidiert sagen.“

Mit einem optimistischen Grundton äußerte sich auch Pia Ahrenkilde Hansen, die Generaldirektorin für Bildung, Jugend, Sport und Kultur der Europäischen Kommission. „Ihre Allianz hat bereits ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, das europäische Universitätsmodell neu zu erfinden“, sagte sie an die Adresse der EUT+-Hochschulen. Die



Vision einer gemeinsamen, transnationalen Universität bezeichnete sie als inspirierend: „Diese Art von unkonventionellem Denken ist die Zukunft der europäischen Hochschulbildung!“